Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 20 (1994)
Heft: 7

Artikel: "Mein Antrieb in der Politik ist die Wut" : ein Gespräch mit Christine Goll
Autor: Goll, Christine / Torcasso, Rita
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-361685

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Mein Antrieb in der ist

Ein Gespräch mit Christine Goll

Nichtwahl von Christiane Brunner zur Bundesrätin, Zerzausung des Gleichstellungsgesetzes, Erhöhung des Rentenalters für Frauen – das schweizerische Parlament fiel fürwahr nicht durch frauenfreundliche Akte auf in letzter Zeit. Am 19. September beginnt die Herbstsession, in der die 10. AHV-Revision und damit die Frage des weiblichen Rentenalters weiterbehandelt werden soll. Und wieder wird gekämpft werden müssen. Ist für eine Feministin die Mitarbeit im Parlament nicht eher frustrierend als gewinnbringend? EMI-Mitarbeiterin Rita Torcasso unterhielt sich mit Nationalrätin Christine Goll, die in der Wandelhalle im Bundeshaus in T-Shirt, Jeans und Turnschuhen schon etwas aus dem Rahmen fällt. Doch das ist sich die 1991 über die unabhängige Frauenliste «Frauen macht Politik» ins Parlament gewählte 38jährige gewohnt.

EMI: Wann und in welchem Umkreis wurdest Du politisch aktiv?

CHRISTINE GOLL: Für mich war Politik schon sehr früh ein Thema, bedingt auch durch meine Herkunft. Ich komme aus einer ArbeiterInnenfamilie, war also eine soziale Aufsteigerin, weil ich als einzige in der Familie die Möglichkeit hatte, eine Matura zu machen. Bei uns zuhause wurde viel politisiert. Politik war im Leben verankert, sie beeinflusste Lebensentscheide. Durch meinen Vater, der als Drucker gewerkschaftlich organisiert war, war es für mich selbstverständlich, früh in einer Gewerkschafterinnengruppe mitzuarbeiten. Ich trat dem VPOD (Verband Personal Öffentliche Dienste) bei. Gleichzeitig erlebte ich die Aufbruchstimmung in der Neuen Linken, die aus der 68er-Bewegung entstanden war, aktiv mit. So machte ich auch in der Frauenbefreiungsbewegung (FBB) mit. Unkonventionelle und phantasievolle Aktionen belebten damals unsere politischen Aktionen, so gründeten wir etwa die Volksuni Zürich.

In den etablierten politischen Institutionen braucht es sehr viel Geduld: Die Arbeit dort ist langsam und schwerfällig, Ideen werden gebremst und abgewürgt. Was gab den Ausschlag, Deine politische Arbeit doch in herkömmliche Strukturen einzubinden?

Aus der Volksuni entstanden wieder neue Projekte wie der «Zürcher Wyberrat». 1986 starteten wir die Aktion «Wyberrat statt Stadtrat» und kandidierten mit 27 Frauen für den Stadtrat. In dieser Zeit erlebte ich hautnah, wie die Kontroverse um ausserparlamentarische Arbeit und das Einmischen in die herkömmlichen Strukturen auch polarisieren und ausschliessen kann. Mir wurde bewusst, dass es für mich die Verbindung von drinnen und draussen braucht, ja, dass nur dadurch überhaupt Bewegung möglich ist.

Wäre es an diesem Punkt für Dich nicht konsequent gewesen, Mitglied einer Partei zu werden?

Für mich stellte sich diese Frage deshalb nicht, weil sich 1987 der Wyberrat zur FraP weiter entwickelte. «Frauen macht Politik!» war unser Aufruf und wir wandten uns an alle Frauen. Ursprünglich entstand der Name aus einem Wortspiel «Frauen-Macht-Politik»: Eine Vision, die Kräfte freilegte. Viele Frauen, die vorher nie politisch aktiv waren, kommen zu uns. Ich wurde für einen der beiden FraP-Sitze ins Kantonsparlament gewählt und dann, 1991, in den Nationalrat. Ohne eine Partei im Rücken wurde es erst jetzt schwierig, weil zum Beispiel nur schon die Redezeiten meist für die Fraktionen festgelegt werden. Am liebsten wäre mir eine Frauenfraktion gewesen, doch das klappt vielleicht erst, wenn die Unabhängigen Frauenlisten (UFF) 1995 kandidieren werden. Aufgrund meines eigenen politischen Werdeganges entschloss ich mich damals, der SP-Fraktion beizutreten.

Kannst Du Deine eigenen politischen Ideen in die Fraktion einbringen ?

Soziale Themen sind mir wichtig. Am 14. Juni, dem zweiten Jahrestag des Frauenstreiks, reichte ich im Namen der SP-Fraktion eine parlamentarische Initiative ein, die einen Rahmenkredit von 200 Millionen Franken zur Finanzierung von Massnahmen gegen die Frauen-

Politik die Wut»

erwerbslosigkeit forderte. Ein Jahr später lehnte die nationalrätliche Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit die Initiative knapp ab. Dies trotz klaren Fakten, die beweisen, dass zum Beispiel die Langzeiterwerbslosigkeit von Frauen sogar zunimmt.

Und hast Du im Rat Erfolge zu verbuchen?

In der Juni-Session 1993 hatte ich Erfolg mit einer Motion: Der Betreuungsnachweis, den erwerbslose Mütter bisher für ihre Kinder erbringen mussten, um überhaupt Arbeitslosengeld beziehen zu können, wurde abgeschafft. Im Juni 1992 reichte ich eine parlamentarische Initiative «Recht auf Existenzsicherung» ein. Meine Forderungen lauteten, dass in der Bundesverfassung ein Recht auf Existenzsicherung verankert wird und dass Sozialhilfe mit einem Rahmengesetz als verbindlich erklärt und nicht mehr der Willkür der Kantone und Gemeinden überlassen wird. Die Kommission hat nun beschlossen, zwei Verfassungstextvorschläge in die Vernehmlassung zu schicken.

Wie fühlst Du Dich im Nationalrat: Bist Du dort mit Deiner eigenständigen Sicht nicht doch oft – auch gegen Deinen Willen – eine Aussenseiterin?

Einige ParlamentarierInnen sagen «Du vertrittst Frauenpolitik» und wollen mich dabei auf «Frauenfragen» reduzieren. Ich werde schubladisiert. Feministische Politik ist aber für mich Politik, die alle politischen Felder betrifft, einfach aus einem neuen Blickwinkel, nämlich dem der Frauen. Gerade die Debatte um Sparvorschläge beim Bundesbudget war hier sehr aufschlussreich. So wurden zum Beispiel die Beiträge an die Schulen für Soziale Arbeit gekürzt. Als Fraktionssprecherin habe ich mich – erfolglos – gegen Kürzungen ausgesprochen. Denn drei Bereiche werden hier auf einen Schlag beschnitten: Bildung, soziale Arbeit und Frauenanliegen – 70% der Studierenden an diesen Schulen sind Frauen. Gesellschaftlich brennende Themen werden gerade im Parlament immer wieder von Frauen aufgegriffen. Im Zusammenhang mit der von verschiedenen Frauenorganisationen am 9. Dezember 1993 lancierten Petition «Stop der Gewalt» wurden von den Parlamentarierinnen verschiedene Vorstösse eingereicht. Ich habe den Bundesrat ersucht, die Frauenhäuser in der Schweiz zu unterstützen. Mehr als die Hälfte der schutzsuchenden Frauen und Kinder mussten im letzten Jahr wegen Raum-, Geld- und Personalmangel abgewiesen werden. Der Bundesrat ist nun immerhin bereit, eine Mitfinanzierung der Frauenhäuser zu prüfen.

Erlebst Du auch Diffamierungen?

Eine Ebene, mit der ich hier oft konfrontiert bin, ist die sexistische. Ich werde diffamiert als «Emanze», ich wurde auch auf plumpe Art und Weise «angemacht». Diese alltägliche Form von Belästigung konnte ich kürzlich bei der Diskussion des Gleichstellungsgesetzes in Worte fassen. Ich wehrte mich auch als Einzelrednerin dagegen, dass der Nationalrat Massnahmen gegen diese Form von Diskriminierung nicht ins Gesetz aufnehmen wollte. Leider vergeblich!

Wenn meine Argumente einfach als «Frauenpolitik» schubladisiert werden, fühle ich mich tatsächlich als Aussenseiterin. Gerade wirtschaftspolitische Themen sind nicht einfach mit Gleichstellungspolitik zu bekämpfen. Es geht um eine ökonomische Gesamtsicht. Diese muss die gesamten Arbeits- und Lebensrealitäten von Frauen, insbesondere die bezahlte und die unbezahlte Arbeit, zur Kenntnis nehmen. Bei der heutigen Situation im Parlament ist es für mich deshalb sonnenklar: Wenn ich beginne, mich hier wohl zu fühlen, dann ist es höchste Zeit zu gehen!

Damit spielst Du wohl auf die krasse Untervertretung der Frauen im Nationalrat an. Wie ist das Klima unter diesen Frauen?

Positiv erlebe ich einmal pro Session den Parlamentarierinnentreff, der einen gewissen Austausch und manchmal sogar Solidarität unter den Frauen bringt. Ein wichtiger Erfolg für mich war in dieser Beziehung der 10. Dezember 1992: Alle Parlamentarierinnen unterschrieben einen von mir verfassten Appell an den Bundesrat. Wir forderten Sofortmassnahmen für die Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien und besonders für die vergewaltigten Frauen aus diesen Gebieten. An diesem Tag erschienen alle Frauen des Parlaments in Schwarz. Eine leider nur teilweise Solidarisierung

rt. Christine Goll, Nationalrätin seit 1991, ist 38 Jahre alt und wohnt in Zürich. Neben der Parlamentsarbeit («ein 50-Prozent-Job»), ist die gelernte Realschullehrerin im «Frauenbüro HuGo» in Zürich anzutreffen, das sie 1991 zusammen mit ihrer FraP-Kollegin Reni Huber eröffnete. Erwachsenenbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Projektberatung und Publizistik umfasst das Angebot der beiden Frauen. In ihrer Freizeit klettert Christine Goll Felswände hoch oder lässt sich im Hängegleiter zu Tale tragen. Während der Sessionen im Parlament wohnt sie in Bern bei Christiane Brunner. Für ihren Freund und seine 16jährige Tochter sind die «Familienwochenenden» reserviert.

über die Parteien hinweg fand auch bei der Diskussion des Gleichstellungsgesetzes statt. Mit der Idee, dass alle Frauen der SP-Fraktion kurz das Wort egriffen, demonstrierten wir auch eine andere Form des Politisierens.

Wie erfährst du die Wirkung frauenspezifischer Anliegen nach aussen?
Nach der Nichtwahl von Christiane Brunner am 3. März 1993 hat sich einiges bewegt. In den unabhängigen feministischen Frauenlisten (UFF!) haben sich Frauen aus dem Aargau, Baselland und Basel Stadt, Luzern, St. Gallen, Solothurn und Zürich zusammengeschlossen. Wir wollen bei den Wahlen 1995 mit Frauenlisten um Sitze kämpfen. Auch die Initiative «Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März)» soll endlich eine Sensibilisierung bewirken, da sich ohne Quoten im Parlament wenig verändern wird. Die Initiative braucht aber dringend noch Unterstützung, damit die erforderlichen Unterschriften zusammenkommen.

Politik und Leben vermischen sich für Dich. Ist Deine Arbeit im Parlament nicht abgrenzbar vom Leben, wie Du es im Alltag lebst?
Die politische Ebene wurde in den letzten Jahren auch eins mit meiner beruflichen Entwicklung. 1991 eröffnete ich mit Reni Huber, einer FraP-Mitstreiterin im Gemeinderat, das Frauenbüro HuGo. Wir bieten Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Beratung und Konzeptarbeit für Frauenprojekte an. Eigentlich kann ich die Erfahrungen aus dem Parlament und aus der Kommissionsarbeit oft eins zu eins in der Praxis darstellen: Im Nationalrat gehöre ich der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit an. Meine Arbeit dort zieht sich oft in meine berufliche Arbeit hinein. Zum Beispiel habe ich eine Motion eingereicht zur Aufhebung der Verjährungsfrist bei der sexuellen Ausbeutung von Kindern. Denn wegen der kurzen Verjährungsfrist kommen viele Täter straffrei davon. Doch der Bundesrat lehnte die Behandlung der Motion ab. Ich habe dann versucht, über eine Vernetzung von Fachfrauen in der ganzen Schweiz das Thema öffentlich zu machen. In der diesjährigen Sommersession habe ich mit Vorstössen nachgedoppelt.

In letzter Zeit weht politisch ein rauher Wind: Arbeitslosigkeit, das defizitäre Bundesbudget, Deregulierung führen immer mehr zur Ausgrenzung von Randgruppen. Wo hast Du diese Tendenzen am deutlichsten gespürt?
Symptomatisch für dieses Klima sind für mich die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, die im Schnellverfahren durchgeboxt wurden. Politiker bauschen ein Nebenthema auf und schüren damit Rassismus, der Bundesrat gibt dem Druck von rechts nach und Flüchtlingspolitik und Drogenpolitik werden in unzulässiger Weise vermischt. Die Unabhängigen Frauenlisten UFF!, die Ofra, der Frauenrat für Aussenpolitik, Frauen aus verschiedenen Asylkomitees sowie Frauenvereine von Ausländerinnen in der Schweiz bekämpften diese Massnahmen. Das Referendum ist zum Glück zustande gekommen, bald wird abgestimmt. Bis dahin müssen wir laut und deutlich gegen diese menschenunwürdigen Sonderrechte Stellung nehmen.

Du hast immer für Frauen politisiert, oft auf verlorenem Posten. Wo nimmst du die Energie her, Dich immer wieder für Themen stark zu machen, die von der Mehrheit im Parlament totgeschwiegen werden?
Die Wurzeln liegen in meinem familiären Hintergrund. Es ist das Wissen um soziale Ungerechtigkeit. Meine Mutter arbeitete sehr viel für einen mickrigen Putzfrauenlohn und schaffte es doch, mit diesm Lohn zeitweise die fünfköpfige Familie durchzubringen. Das hat mich geprägt. Ich realisierte bald, dass Frauen nicht die gleichen Rechte haben wie Männer. Was mich motiviert in der Politik, ist jede Form von Ungerechtigkeit. Meine Reaktion darauf heisst: Da musst du dich dagegen wehren, das kannst du so nicht akzeptieren! Ich versuche wirklich, für die Frauen zu politisieren. Eine Nationalratsgruppe der FraP, Fachfrauen aus verschiedenen Arbeitsbereichen unterstützen mich dabei und vermitteln mir Denkanstösse. Ob ich 1995 nochmals kandidieren werde ...? Sicher ist: Mein Antrieb in der Politik ist die Wut, und solange ich diese Wut habe, habe ich auch Lust auf Veränderung!

Das Interview führte Rita Torcasso.

Rita Torcasso, 1953, lebt als Redaktorin, freie Journalistin und alleinerziehende Mutter in Schaffhausen.

Foto: Silvia Voser